



Ihr Name ist Merkel, sie weiß von nix

von Manfred Nink

Die USA hören flächendeckend die Bundesrepublik ab und saugen tausende Daten der Internetkommunikation in ihre Geheimdienstcomputer. Die Bürgerinnen und Bürger wollen von der Bundesregierung zurecht wissen, wie es um ihre Grundrechte bestellt ist. Doch die Bundeskanzlerin tut so, als wisse sie von nichts und hüllt sich in Schweigen. Das ist eine Frechheit.

Im Juni hat Edward Snowden die US-amerikanische Spionagepraxis der Überwachung der weltweiten Internetkommunikation öffentlich gemacht. Seitdem sind die Programmnamen Prism, Tempora, XKeyscore allgegenwärtig, aber viel Hintergrundwissen gibt es nicht.

Alles streng geheim! Schließlich will selbst die Bundeskanzlerin nichts genaues wissen und auch ihr Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU), der zuständig ist für die Geheimdienste, kann oder will bisher keine befriedigende Aufklärung liefern. Der Bundesinnenminister Friedrich (CSU) reist in die USA ohne mit handfesten Informationen zurück zu kommen. Der ehemalige Innenminister und jetzige Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hält einem Spiegel-Online-

Artikel zufolge die Empörung über die Spähaffäre für übertrieben.

Ich denke, dass die Empörung über die systematische Verletzung der Bürgerrechte durch das Prism-Programm der US-Amerikaner groß ist, ist mehr als berechtigt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung gibt ein desolates Bild ab und ist offen-

späht werden, sondern auch deren Kontakte und noch mindestens eine Stufe weiterer Kontakte dritten Grades. Es werden also auch Personen überwacht, die nie in einem Zusammenhang zu einer verdächtigen Person standen. Das grenzt an Totalüberwachung und ist nicht hinnehmbar.



Wenn Wände und Datenleitungen Ohren bekommen, dann sind die Grundrechte von Millionen Bürgerinnen und Bürgern bedroht.

Foto: Aka / pixelio.de

bar handlungsunfähig. Noch immer kann (oder will?) uns die Bundesregierung nicht sagen, welche Daten von deutschen Bürgerinnen in welchem Umfang und Bürgern abgegriffen wurden.

Aus der amerikanischen Debatte wissen wir aber, dass nicht nur die Kontakte der Zielperson, auf die es der US-amerikanische Geheimdienst abgesehen hat, ausge-

Merkel sollte die Angelegenheit zur Chefsache machen, aber sie sieht lieber seelenruhig zu, wie die Amerikaner weiter „prüfen“, welche Daten aus Deutschland abgesaugt wurden. Die Kanzlerin hat in ihrem Amtseid geschworen, die Grundrechte zu wahren und zu verteidigen sowie Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Diesen Eid verletzt sie mit ihrer Tatenlosigkeit!

2 | Die Bundespolitik

Wasserprivatisierung ist vom Tisch

Ausnahme für die Wasserversorgung in EU-Konzessionsrichtlinie durchgesetzt

Die Wasserprivatisierungspläne der Europäischen Kommission sind (vorerst) vertagt. Die Wasserversorgung wird nicht Bestandteil der europäischen Konzessionsrichtlinie sein. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen in Brüssel.

Kaum ein anderes Thema hat mich in der 17. Legislaturperiode in meiner Ausschussarbeit mehr beschäftigt als die Konzessionsrichtlinie der Europäischen Union.

Beständig hat die SPD auf allen Ebenen gegen den Privatisierungsdruck auf die Wasserversorgung der Kommunen gekämpft. Seit an Seit mit der Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ sowie vielen Verbänden und Kommunen. Letztlich also mit Erfolg. Das ist ein gutes Zeichen für die Daseinsvorsorge in Europa.

Im Juni konnten die sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union abgeschlossen werden. Im Ergebnis wird die Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen. Die SPD hat dies von Anfang an gefordert. Aber die Bundesregierung – hier vor allem das FDP-geführte Wirtschaftsministerium – haben sich in Brüssel nicht ausreichend für diese Ausnahme eingesetzt. Die CDU/CSU-Fraktion hat stattdessen im Bundestag rumlaviert – irgendwo zwischen der Angst vor den Bürgerprotesten auf der einen und dem Privatisierungsmantra der FDP auf der anderen Seite. Aber auch die Union hat sich letztlich bei Abstimmungen



Großer Erfolg für eine starke Daseinsvorsorge: Die EU dreht nicht am großen und lukrativen Rad der Liberalisierung unserer Wasserversorgung. Foto: Cisco Ripac / pixelio.de

gegen die Kommunen und gegen eine starke öffentliche Daseinsvorsorge gestellt und nicht für unsere Anträge gestimmt, so dass es überhaupt erst zu diesem monatelangen Gezerre gekommen ist. Ich hatte davon bereits im Spreebrief Nr. 32 berichtet.

Lange wurde über möglich Kompromisse diskutiert und verschiedene Vorschläge standen im Raum. Jeder dieser Vorschläge hätte die Rechtslage weiter verkompliziert. Und gleichzeitig wäre nicht sicher gewesen, ob vielleicht doch unsere bewährte Struktur der Wasserversorgung mit ihrer starken kommunalen Verwurzelung in Frage gestellt worden wäre.

Mit dem jetzt erreichten Verhandlungsergebnis bleibt es dabei, dass die konkrete Ausgestaltung der Vergabeverfahren für Konzessionen im Wasserbereich in der Verantwortung der Mitgliedstaaten bleibt. Selbstverständlich gelten aber weiterhin die allgemeinen europäischen Vergabegrundsätze der Nichtdiskriminierung, der Gleichbehandlung und der Transparenz.

Die Kommunen sind ihrem Recht auf Selbstverwaltung gestärkt. Sie sind auch in Zukunft Garanten für eine hochwertige und gleichzeitig bezahlbare Wasserversorgung in Deutschland. *Manfred Nink*

Weitere Ergebnisse der Verhandlungen:

Neben der Herausnahme der Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie konnten Sozialdemokraten auch erreichen, dass Rettungsdienste und Ambulanzdienste herausgenommen werden.

Patiententransporte jedoch sind nicht vollkommen von der Anwendung der Richtlinie ausgeschlossen. Sie fallen unter die sozialen Dienstleistungen in Artikel 17 der Richtlinie. Für sie ist ein vereinfachtes Verfahren anzuwenden. Ab einem Schwellenwert von 5 Millionen Euro müssen die Krankentransporte zwar nicht europaweit ausgeschrieben, aber ihre Vergabe bekannt gemacht werden.

Im Oktober/November 2013 soll das Europäische Parlament abschließend abstimmen.

Vorbild Petitionsausschuss

Abgeordnete zum Erfahrungsaustausch in der Mongolei und in Südkorea



Hauptstadt der Mongolei: Ulan Bator



Reiterstandbild des Dschingis Khan



Südkoreanische Millionenmetropole Seoul

Gemeinsam mit einer Delegation des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages war Manfred Nink zum Erfahrungsaustausch mit Politikern in der Mongolei und Südkorea unterwegs. Die Arbeit des Petitionsausschusses ist weltweit ein Vorbild.

Vom 15. bis 21. Juni 2013 waren insgesamt sieben Mitglieder des Bundestagspetitionsausschusses unter anderem in Ulan Bator und Seoul. Schwerpunkte des Austauschs waren das Petitionswesen und die Menschenrechte.

Dabei führten die Abgeordneten unter anderem Gespräche mit dem mongolischen Parlamentspräsidenten, Herrn Enkhbold, und der Vorsitzenden des Petitionsausschusses des mongolischen Parlaments, Frau Burmaa.

Der Petitionsausschuss der Mongolei ist noch sehr jung. Er wurde erst 2012 gegründet. Die Initiative zur Gründung ging auf eine Hospitation einer Delegation des Parlaments der Mongolei im Rahmen der interparlamentarischen Ausbildungshilfe beim Bundestags-Petitionsausschuss zurück. Das war im Jahr 2007. Sechs Jahre nach dem Besuch und ein Jahr nach Gründung des Ausschusses konnten die deutschen Abgeordneten einen ersten positiven Eindruck gewinnen. Ihre mongolischen Kolleginnen und Kollegen sind engagiert bei der Sache und waren dankbar für den Erfahrungsaustausch, der sicherlich auch in Zukunft fortgeführt wird.

In Südkorea lag der Schwerpunkt der Gespräche auf dem Thema Menschenrechte. So trafen sich die deutschen Abgeordneten zu Gesprächsrunden mit der Nationalen Kommission für Menschenrechte in der Republik Korea und der Anti-Corruption & Civil Rights Commission (ACRC).

Die ACRC arbeitet mit einem Online-Portal, über das Petitionen eingereicht werden können. Das Portal wurde mit dem „United Nations Public Service Award 2011“ ausgezeichnet und war deshalb auch für die deutsche Delegation von großem Interesse. Schließlich lernt auch der Bundestag in Sachen e-Government stetig dazu.

4 | Aus Partei und Fraktion

Ehrung: 40 Jahre SPD-Mitglied



Manfred Nink wurde am 9. Juli für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Die Ehrung übernahmen der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Frank-Walter Steinmeier, und die Vorsitzende der SPD Trier-Saarburg, Dr. Katarina Barley. Foto: Johannes Gorges

#bewegungjetzt

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die SPD kämpft im Bundestagswahlkampf bis zum 22. September 2013 für eine rot-grüne Regierungsmehrheit. Gemeinsam haben Sozialdemokraten und Grüne ein Manifest vorgelegt und die #bewegungjetzt ins Leben gerufen. Weil es Zeit wird, dass sich in unserem Land endlich wieder etwas bewegt.

Schwarz-Gelb hat in den letzten vier Jahren dieses Land verwaltet und nicht gestaltet. In dieser krisengeprägten Zeit, in der Mut erforderlich gewesen wäre, um Europa sozialer und Deutschland noch fortschrittlicher und gerechter zu machen, hat Angela Merkel „Probleme ausgesessen“, wie es wohlwollende Kommentatoren formulieren. Ich sage, sie hat verantwortungslos taktiert und Gestaltungschancen verpennt und verschenkt.

Mit Rot-Grün wird das nach dem 22. September anders werden. Wir kennen schon heute 10 wichtige Baustellen in unserem Land: Rot-Grün will gemeinsam aufbrechen in die nachhaltige Industriegesellschaft, in eine erneuerbare Zukunft, in die Teilhabegesellschaft, in ein solidarisches Land, in ein europäisches Deutschland, in eine lebendige Demokratie, in eine faire Marktwirtschaft, zu starken Kommunen, in eine gleichberechtigte Gesellschaft und in eine offene Gesellschaft.

Mehr Informationen zu den 10 Punkten für einen rot-grünen Aufbruch und die Möglichkeit zur Unterstützung gibt es im Internet unter: www.bewegungjetzt.de

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

24. bis 30. Juni 2013

Sitzungswoche im Bundestag; Gespräch mit einer Schülergruppe aus Ludwigshafen in Vertretung der Kollegin Doris Barnett MdB; Hof-fest der SPD-Bundestagsfraktion; Parlamentarisches Frühstück der Deutschen Bahn AG; Plenarsitzung mit letzter namentlicher Abstimmung um 22:45 Uhr; Frühstück der SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz

1. bis 14. Juli 2013

Begleitung der letzten BPA-Fahrt nach Berlin; Teilnahme an der Veranstaltung „Die Rolle Deutschlands in Europa - die Rolle Europas in der Welt“ mit Frank-Walter Steinmeier in Schweich

15. bis 29. Juli 2013

Empfang einer Besuchergruppe des Jugendbüros Schweich im Bundestag in Berlin; Gemeinsame Gespräche mit Gustav Herzog MdB und der Bundestagskandidatin Katarina Barley beim Wasser- und Schifffahrtsamt Trier, bei der Trierer Hafengesellschaft und beim Landesbetrieb Mobilität mit Baustellenbesichtigung am Hochmoselübergang; Teilnahme an der Wiedereröffnung des Freibades Schweich; Teilnahme am Weinhöfefest Endesfelder in Mehring

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de